

Protokoll

über die ordentliche öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Varel am Mittwoch, 28.09.2016,
19:00 Uhr, im Rathaus I, Sitzungssaal, Windallee 4, 26316 Varel.

Anwesend:

Ratsvorsitzende:	Hannelore Schneider
1. stellv. Ratsvorsitzender:	Jürgen Rathkamp
2. stellv. Ratsvorsitzende:	Elke Vollmer
Bürgermeister:	Gerd-Christian Wagner
stellv. Bürgermeister:	Iko Chmielewski
	Peter Nieraad
	Raimund Recksiedler
Ratsmitglieder:	Sascha Biebricher
	Rudolf Böcker
	Heinz Peter Boyken
	Dirk Brumund
	Jürgen Bruns
	Hergen Eilers
	Dr. Susanne Engstler
	Karl-Heinz Funke
	Christoph Hinz
	Egbert Jackenkroll
	Jörn Kickler
	Bernd Köhler
	Lars Kühne
	Djure Meinen
	Alfred Müller
	Cornelia Papen
	Dirk von Polenz
	Georg Ralle
	Bernd Redeker
	Sebastian Schmidt
	Ingrid Schuster
	Steffen Schwärmer
	Jörg Weden
	Dorothea Weikert
von der Verwaltung:	Olaf Freitag
	Marion Groß
	Rolf Heeren
	Jens Neumann
	Gerriet Ostendorf
	Johann Taddigs

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit des Rates**
- 2 Feststellung der Tagesordnung**
- 3 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 22.06.2016**
- 4 Einwohnerfragestunde**
- 5 Berichte und Anträge der Ausschüsse**
 - 5.1 Verwaltungsausschuss vom 07.07.2016 (zur Kenntnisnahme)**
 - 5.2 Verwaltungsausschuss vom 04.08.2016 (zur Kenntnisnahme)**
 - 5.3 Verwaltungsausschuss vom 11.08.2016 (siehe nichtöffentlicher Teil)**
 - 5.4 Verwaltungsausschuss vom 01.09.2016**
 - 5.4.1 Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Kurverwaltung Nordseebad Dangast vom 18.08.2016**
 - 5.4.1.1 Annahme einer Spende für den Eigenbetrieb Kurverwaltung Nordseebad Dangast
Vorlage: 225/2016
 - 5.4.1.2 Jahresabschluss 2015 für den Eigenbetrieb Kurverwaltung Nordseebad Dangast
Vorlage: 231/2016
 - 5.5 Verwaltungsausschuss vom 22.09.2016**
 - 5.5.1 Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 13.09.2016**
 - 5.5.1.1 Bebauungsplan Nr. 220 (Wohngebiet Friesland-Kaserne) sowie 27. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Varel - Abwägung und Satzungsbeschluss
Vorlage: 252/2016
 - 5.5.2 Ausschuss für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr vom 19.09.2016**
 - 5.5.2.1 Radwegebenutzungspflicht, Antrag der Fraktion Zukunft Varel auf Verabschiedung einer Resolution
Vorlage: 235/2016/1
- 6 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 7 Anträge und Anfragen**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit des Rates**

Ratsvorsitzende Schneider eröffnet um 19.00 Uhr die ordentliche öffentliche Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Rates fest. Sie begrüßt die Ratsmitglieder, die Vertreter der Presse und eine große Anzahl Vareler Bürgerinnen und Bürger.

Sie stellt fest, dass die Ratsherren Mahouachi und Dr. Seelig entschuldigt fehlen..

2 **Feststellung der Tagesordnung**

Ratsvorsitzende Schneider stellt die Tagesordnung fest.

3 **Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 22.06.2016**

Das Protokoll über die Sitzung des Rates der Stadt Varel vom 22.06.2016 wird einstimmig genehmigt.

4 **Einwohnerfragestunde**

Ein Mitglied der Bürgerinitiative Langendamm verweist auf den Artikel „An Fichtenstraße sollen Bagger anrollen“ in der NWZ vom 23.09.2016 und fragt, ob Bürgermeister Wagner vorab von der NWZ über den Artikel in Kenntnis gesetzt wurde und ob er die positive Einschätzung der Investoren teilt.

Bürgermeister Wagner war von dem Artikel genauso überrascht. Vor einigen Monaten hat es ein Gespräch unter anderem mit dem Investor gegeben, in dem ihm die Problematik verdeutlicht wurde. Ein weiteres Gespräch unter Beteiligung der Eigentümer endete ohne greifbares Ergebnis. Es wurde sich auf ein weiteres Treffen verständigt.

Auf die Frage eines weiteren Bürgers, teilt Bürgermeister Wagner mit, dass die NWZ ihn vor dem Bericht nicht kontaktiert hat.

Auf die Frage eines Einwohners, ob die Stadt bereits die potentiellen Einnahmen in Höhe von 115.000 € im Haushalt verplant hat, teilt Bürgermeister Wagner mit, dass bislang diese Position nicht im Haushalt berücksichtigt wurde.

Die Bürgerinitiative Langendamm erkundigt sich, ob die Zusage, dass keine Bau-

tätigkeit erfolgt, solange nicht die Problematik um die ehemalige Mülldeponie geklärt ist, Bestand hat.

Bürgermeister Wagner verweist in diesem Zusammenhang auf den Antrag der Gruppe SPD/CDU/FDP zum Bebauungsplan Nr. 175., der u. a. zum Inhalt hat, dass die Altlastenproblematik der Deponie zum Baugebiet vorher geklärt sein muss. Dieser Antrag wird im nächsten Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz behandelt. Es muss auf jeden Fall vor einer Bautätigkeit geklärt sein, dass hier keine Gefahr auf Schädigung für den Menschen besteht.

5 Berichte und Anträge der Ausschüsse

5.1 Verwaltungsausschuss vom 07.07.2016 (zur Kenntnisnahme)

5.2 Verwaltungsausschuss vom 04.08.2016 (zur Kenntnisnahme)

5.3 Verwaltungsausschuss vom 11.08.2016 (siehe nichtöffentlicher Teil)

5.4 Verwaltungsausschuss vom 01.09.2016

5.4.1 Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Kurverwaltung Nordseebad Dangast vom 18.08.2016

5.4.1.1 Annahme einer Spende für den Eigenbetrieb Kurverwaltung Nordseebad Dangast Vorlage: 225/2016

Beschluss:

Der Annahme einer Sachspende (Windflüchter) im Wert von ca. 2.500 € zur weiteren Entwicklung des Nordseebades Dangast wird zugestimmt.

Einstimmiger Beschluss

5.4.1.2 Jahresabschluss 2015 für den Eigenbetrieb Kurverwaltung Nordseebad Dangast Vorlage: 231/2016

Die Gruppe MMW/Linke/Grüne wird sich der Stimme enthalten, das sie den Betriebshaushalt 2015 bei der Aufstellung abgelehnt hat.

Ratsherr Eilers begrüßt die Fortsetzung der guten Entwicklung in Dangast. Er verzeichnet eine positive Entwicklung. Das Weltnaturerbeportal wurde gut angenommen und die Attraktivität gesteigert. Auch wenn das erklärte Ziel von 500.000 € Ergebnisverbesserung noch nicht ganz erreicht ist, ist die Stadt auf einem guten Weg. Das eingesparte Geld kann in Dangast investiert oder auch für andere Bedürfnisse außerhalb von Dangast eingesetzt werden.

Ratsherr Funke weist darauf hin, dass die Einsparung u. a. dadurch zu Stande kommt, dass die Stadt eine Fläche von ca. 5 ha. für 80 €/m² verkauft hat. Dieses ist bei der Betrachtung zu berücksichtigen.

Beschluss:

Der Jahresabschluss des Eigenbetriebes Kurverwaltung Nordseebad Dangast zum 31.12.2015 wird nach Maßgabe des § 33 Eigenbetriebsverordnung wie folgt beschlossen:

a) In der Gesamtbilanz auf der Aktiv- und Passivseite mit je	10.031.283,11 €
b) In der Gewinn- und Verlustrechnung auf der Aufwandseite mit	2.820.091,59 €
auf der Erlösseite mit	2.115.446,24 €
und ein Jahresverlust von	- 704.645,35 €

Der Lagebericht zum 31.12.2015 wird beschlossen.

Der Jahresverlust 2015 in Höhe von 704.645,35 € wird dem Betriebshaushalt aus dem Haushalt der Stadt Varel erstattet und gleichzeitig wird der Betriebsleitung des Eigenbetriebes für das Wirtschaftsjahr 2015 Entlastung erteilt.

Mehrheitlicher Beschluss

Ja: 26 Enthaltungen: 5

5.5 Verwaltungsausschuss vom 22.09.2016

5.5.1 Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 13.09.2016

5.5.1.1 Bebauungsplan Nr. 220 (Wohngebiet Friesland-Kaserne) sowie 27. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Varel - Abwägung und Satzungsbeschluss Vorlage: 252/2016

Beschluss:

Die dem Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 13.09.2016 anliegenden Abwägungsvorschläge werden zum Beschluss erhoben. Der Bebauungsplan Nr. 220 nebst Begründung wird als Satzung beschlossen. Die 27. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Varel nebst Begründung wird festgestellt.

Einstimmiger Beschluss

5.5.2 Ausschuss für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr vom 19.09.2016

5.5.2.1 Radwegebenutzungspflicht, Antrag der Fraktion Zukunft Varel auf Verabschiedung einer Resolution Vorlage: 235/2016/1

Ratsherr Hinz lehnt die Resolution ab. Er hält die Gesetzeslage, wie sie seit 2010 besteht, für richtig und plädiert dafür diese zu akzeptieren und umzusetzen. Viele andere Gemeinden und Städte, wie z. B. Bochum und Frankfurt setzten die Änderung bereits 2012 um. In Bochum sind seit dem die Unfallzahlen für schwere Fahrradunfälle um 50 % gesunken. Ihm ist nicht bekannt, dass in einer Stadt, die die neue Gesetzeslage umgesetzt hat, die Unfallzahlen gestiegen sind. Seines Erachtens bietet die neue Regelung ein Mehr an Sicherheit. Gerade der Abbiegeverkehr verursachte in der Vergangenheit die häufigsten Unfälle mit Radfahrern auf Radwegen. Zu seinem Bedauern hat die Stadt Varel viel zu lange mit der Umsetzung gewartet. In der Bevölkerung herrscht eine große Verunsicherung. Die Stadt sollte nicht die Gesetzeslage und Rechtsprechung in Frage stellen, sondern die Bürger intensiv über die neue Regelung informieren. Er regt an, über die Presse Flyer an alle Bürger zu verteilen. Insgesamt sollte der Rat die Entscheidung über die Resolution nochmals überdenken.

Die Gruppe MMW/Linke/Grüne wird der Resolution nicht zustimmen. Wichtiger als diese Resolution ist, dass der Bürger informiert wird. Mit der Resolution spricht sich der Rat der Stadt Varel gegen eine neue Freizügigkeit aus, die den Radfahrer als gleichberechtigten Verkehrsteilnehmer sieht und ihm das Recht gibt, auf der Straße zu fahren. Die Fahrradwege sind häufig zu schmal und bergen daher im Begegnungsverkehr hohe Gefahren, nicht nur für die Radfahrer, sondern auch für die Fußgänger. Hier verweist stellv. Bürgermeister Chmielweski insbesondere auf den Fahrradweg am Büppler Weg. Mit der neuen Gesetzeslage hat der Radfahrer das Recht auf der Straße und auf dem Rad-/Gehweg zu fahren. Bei Nutzung des Rad-/Gehweges muss er zum Schutz der Fußgänger Schrittgeschwindigkeit einhalten. Stellv. Bürgermeister Chmielowski plädiert daher dafür, die Resolution nicht auf den Weg zu bringen, sondern lieber die Bürger intensiv über die neue Rechtslage zu informieren und sie jetzt umzusetzen. Eine Resolution setzt ein falsches Signal an die Bürger.

Ratsherr Meinen schließt sich den Äußerungen der Ratsherren Hinz und Chmielowski an. Bereits Ende der 90er Jahre wiesen Urteile darauf hin, dass innerörtlich der KFZ-Verkehr und Radverkehr gleichwertig sind. Dieses wurde in Varel nie berücksichtigt und es wurden weiterhin benutzungspflichtige Radwege gebaut. Erst nach der Änderung der Gesetzeslage und den Urteilen des BVG erfolgte eine Umsetzung in Varel. Zu seinem Bedauern bestärkt der Rat der Stadt Varel insbesondere durch diese Resolution, das Gefühl, dass die neue Rechtslage gefährlicher sei.

Ratsherr Funke weist darauf hin, dass die Resolution den Zweck hat, die Stimmung und Meinung der Bevölkerung aufzugreifen und weiter zu leiten. In der Öffentlichkeit wird die neue Regelung, trotz intensiver Information, stark kritisiert. Seines Erachtens geht die neue Rechtslage an dem Bewusstsein der Menschen vorbei. Das Fahren in Schrittgeschwindigkeit auf den Radwegen ist rein theoretisch und nicht kontrollierbar. Eine Gleichbehandlung von Radfahrer und KFZ-Verkehr auf der Straße findet in der Praxis nicht statt und ist rein abstrakt. Erst vor kurzem wurde der Radweg an der Mühlenteichstraße eingeweiht. Nach der

neuen Rechtslage ist dieser Radweg aber kein Radweg, da er den Anforderungen nicht entspricht. Fordert der Gesetzgeber bestimmte Voraussetzungen an einen Radweg, muss das Land sich auch beim Bau eines Radweges daran halten und die Kosten tragen. Trotz vielfältiger Information über die neue Rechtslage, besteht bei den Bürgern keine Klarheit. Ratsherr Funke hofft, dass auch andere Gemeinden auf die Verunsicherung der Bürger reagieren.

Ratsvorsitzende Schneider kritisiert insbesondere, dass Kinder ab 9 Jahren jetzt auf der Straße fahren müssen. Dieses hält sie für viel zu gefährlich.

Als Straßenverkehrsbehörde ist die Verwaltung gehalten, die Verordnung umzusetzen. Die Verwaltung war stets bemüht, die Umsetzung möglichst bürgerfreundlich und für alle vertretbar durchzuführen. Dabei sind viele Informationen an die Bürger heraus gegeben worden. Bürgermeister Wagner verweist auf eine Umfrage des Nds. Städtetags. Demnach setzt der überwiegende Teil der Städte und Gemeinden die neue Rechtslage um. Unabhängig davon bekundet Bürgermeister Wagner sein Verständnis für die Willenserklärung der Mehrheit des Rates, die in dieser Resolution zum Ausdruck kommt. Er wird sich der Stimme enthalten, da er hier zwei Positionen beziehen müsste.

Trotzdem kann Bürgermeister Wagner die von der Mehrheit des Rates vertretene Willenserklärung durch diese Resolution nachvollziehen.

Die CDU-Fraktion spricht sich für die Resolution aus. Insbesondere im Bereich der Oldenburger Straße, die von vielen Kindern als Schulweg genutzt wird, birgt die neue Rechtslage Gefahren.

Ratsherr Böcker wird sich der Stimme enthalten. Seit zwei Jahren ist die Gesetzesänderung in der Diskussion. Viele Bürger wissen nicht, wie sie sich richtig verhalten. Es ist wichtig alle Bürger ausreichend zu informieren.

Ratsherr Bruns hält die neue Verordnung für falsch. Seines Erachtens sind Fahrradwege für Fahrradfahrer das sicherste und die Stadt sollte sich durch die Resolution dafür einsetzen, dass diese weiterhin genutzt werden dürfen. Er spricht sich in diesem Zusammenhang auch für den weiteren Ausbau von Fahrradwegen wie z. B. an der Neuwangerooger Straße aus.

Aus Sicht des Rats Herrn von Polenz birgt nicht nur die neue Rechtslage, sondern auch die alte, Gefahren für die Radfahrer. Viele Autofahrer sind sich der neuen Lage, dass Radfahrer auf der Straße fahren dürfen, nicht bewusst. Will man etwas für die Radfahrer tun, müssen vernünftige Fahrradwege gebaut werden.

Stellv. Ratsvorsitzender Rathkamp weist darauf hin, dass es durch die neue Rechtslage häufig erforderlich ist, die Straße zu queren, dieses birgt zusätzliches Gefahrenpotential.

Ratsherr Meinen sieht noch viel Aufklärungsbedarf. Er verweist darauf, dass Kinder bis 10 Jahre auf dem Gehweg fahren dürfen. Es sollten zukünftig auch außerorts keine Radwege mehr geplant werden, die nicht den gesetzlichen Anforderungen entsprechen. Seines Erachtens ist es unverantwortlich eine Radwegebenutzungspflicht für Radwege anzuordnen, die nicht den baulichen Vorgaben entsprechen.

Ratsherr Köhler weist darauf hin, dass er sich gegen die Resolution aussprechen

wird.

Beschluss:

Der dem Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr vom 19.09.2016 anliegenden Resolution zur Änderung der Straßenverkehrsordnung und der dazu ergangenen Verwaltungsvorschriften bezüglich der Anordnung der Radwegebenutzungspflicht wird zugestimmt.

Mehrheitlicher Beschluss

Ja: 20 Nein: 9 Enthaltungen: 2

6 Mitteilungen des Bürgermeisters

Keine Mitteilungen des Bürgermeisters.

7 Anträge und Anfragen

Keine Anfragen und Anregungen.

Um 20:15 Uhr schließt Ratsvorsitzende Schneider die öffentliche Sitzung.

Zur Beglaubigung:

gez. Hannelore Schneider
(Vorsitzende/r)

gez. Gerd-Christian Wagner
(Bürgermeister)

gez. Marion Groß
(Protokollführer/in)